



Kanzler Friedrich Merz in Kohl-Position 2.0

DPA-FOTO: KAPPELER

Der Umfaller 2.0 serviert die Steuerlüge 2.0

Der 27. Februar 1991 brachte eine der denkwürdigsten Zeitungsschlagzeilen aller Zeiten: Die Bild legte den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl quer und titelte: „Steuerlüge, Der Umfaller“. Kohl hatte eben massive Steuererhöhungen angekündigt, um die deutsche Einheit zu finanzieren – obwohl er das vor der Wahl noch vehement ausgeschlossen hatte.

Heute sind wir wieder so weit: Wieder gibt ein CDU-Kanzler den Umfaller. Friedrich Merz folgt den Fußstapfen des Pfälzers und serviert die Version 2.0 der Steuerlüge, die in seinem Fall eine schamlose Steuer- und Finanzlüge ist. Das alles schadet dem Land und gibt scheinbar all jenen recht, die Politik schon immer für ein zynisches Spiel gehalten haben. Die kaltschnäuzige Was-schert-mich-mein-Geschwätz-von-gestern-Haltung des Kanzlers ist auch deswegen unentschuldigbar. Sie beschädigt den Parlamentarismus.

■ **Die Stromsteuer** wird nun also nicht für alle gesenkt, sondern nur für ausgewählte Privilegierte. Dabei hatte die CDU es im Wahlprogramm versprochen. Die Senkung steht sowohl im „Sofortprogramm“ als auch im Koalitionsvertrag. Billigerer Strom wäre zudem vernünftig, denn Deutschland hat einen der höchsten Strompreise weltweit, und das ist ein klarer internationaler Wettbewerbsnachteil.

Regierung und Kanzler drücken sich davor, dem ausgewählten Bürger auch nur den Hauch einer Entlastung zu gewähren. Ausrede: Es sei ja

Der Kanzler agiert nach dem Motto: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“. Damit tritt er in die Fußstapfen eines großen Vorgängers, sagt Alexander Will.

kein Geld da. Dabei kann man sich durchaus fragen, warum es überhaupt Steuern auf Strom gibt, um dessen Erzeugung und Verbreitung der Staat wahrlich keine Verdienste hat, außer dass seine Regulierungen ihn massiv teuer machen.

Stattdessen treibt diese Regierung nun altbekannte Klientelpolitik. Gastronomen bekommen einen satten Gewinnaufschlag durch Senkung der Mehrwertsteuer. Von Subventionsabbau ist weit und breit nichts zu bemerken, von der sozialen Gießkanne dafür



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor: www.nwzonline.de/nwz-meinung-podcast/

um so mehr. Die ausgeweitete und vorgezogene Mütterrente ist ein Wahlgeschenk an die ältere Wählerklientel der Union. Natürlich ist dann kein Geld mehr da, um Entlastungen zu finanzieren, die ökonomisch relevant wären.

Ganz nebenbei treibt man so das Umlagesystem der deutschen Rente noch weiter ins Absurde: Wieder werden Leute versorgt, die nie einen Pfennig eingezahlt haben, auf Kosten derjenigen, die keine andere Wahl hatten, als sich an diesem Pyramidensystem zu beteiligen. Die CDU-geführte

Regierung verweigert sich jeder Reform, sondern gewährt lieber noch einen weiteren Schluck aus der Pulle: statt Stimulierung der Wirtschaft durch weniger Steuern überflüssige und teure Rentengeschenke.

Reformverweigerung auch beim Bürgergeld. Da türmen sich Rekordausgaben auf. Hier wäre wirklich etwas zu holen, hätte man den Mut, diese Sozialleistung zu einer echten, minimalen Grundsicherung abzuschmelzen.

All das bedeutet mehr Lasten für Nettosteuerzahler und all jene, die der deutsche Staat untrennbar an seine zunehmend maroden und bereits in naher Zukunft unfinanzierbaren Sozialsysteme gefesselt hat. Das wiederum würgt Wachstum und Prosperität ab.

■ **Die Steuerlüge 2.0** ist im Übrigen nicht der erste Wortbruch des Friedrich Merz und seiner Union. Im Wahlkampf gaben die sich als Garanten strenger Haushaltsdisziplin und verantwortungsvoller Finanzpolitik – um dann eine aus Schattenhaushalten gespeiste Schuldenorgie zu beginnen, wie sie dieses Land noch nicht erlebt hat. Merz und seine Getreuen halten es offenkundig mit dem italienischen Philosophen Machiavelli, der in seinem Hauptwerk

empfahl, Wortbrüche gleich zu Beginn einer Herrschaft zu begehen. Später erinnere sich kein Mensch mehr daran.

■ **Unterdessen kracht es im deutschen Gebälk.** In dieser Woche informierte die Auskunft Creditreform über das Pleite-Geschehen im Lande. Die Firmenzusammenbrüche häufen sich in fast schon spektakulärer Weise: Im Vergleich zum vergangenen Jahr stiegen sie in den ersten sechs Monaten 2025 um fast zehn Prozent. Grund laut Creditreform: schwache Nachfrage, steigende Kosten, anhaltende Unsicherheit. Besonders betroffen war seit Januar das verarbeitende Gewerbe – also Branchen, die für die Fundamente des deutschen Wohlstandes sorgen.

In der CDU rumort es auch. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer beklagte öffentlich, dass der Abbau von Bürokratie nicht schnell genug gehe: „Deutschland liegt gefesselt wie Gulliver am Boden. Wir sind zu teuer, zu langsam und staatlich überreglementiert.“ Schade, dass sich diese Erkenntnis nicht von Dresden nach Berlin herumgesprochen hat.

■ **Aber zum Glück** – und hier kann man sich nur noch in Ironie flüchten – befassen sich deutsche Institutionen mit den wirklich wichtigen Dingen im Lande. Zum Beispiel in Köln. Dort wird der Begriff „Spielplatz“ abgeschafft. Grund: der Begriff sei „eingrenzend“ und nicht „divers“ genug. Jetzt heißen die ehemaligen Spielplätze „Spiel- und Aktionsflächen“. Die Kölner Karnevalisten brauchten

„Das alles schadet dem Land und gibt scheinbar all jenen recht, die Politik schon immer für ein zynisches Spiel gehalten haben. Die kaltschnäuzige Was-schert-mich-mein-Geschwätz-von-gestern-Haltung des Kanzlers ist auch deswegen unentschuldigbar. Sie beschädigt den Parlamentarismus.“

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Northwest Mediengruppe.

rund ein Jahr und fast 40.000 Euro, um darauf zu kommen. Nun endlich bricht mit dieser Umbenennung ein goldenes Zeitalter an. Ein Stück grausame, menschenverachtende Diskriminierung wurde durch das Wirken einer fürsorglichen Obrigkeit beseitigt. Die Kölner sollten ihr auf Knien danken.

Auch aus Niedersachsen wurde in dieser Woche eine grandiose Entwicklung gemeldet. Die Finanzämter schalten endgültig ihre Faxgeräte ab. Wahnsinn! Was für eine Innovation! Da kann man nur hoffen, dass der Fortschritt auch weiterhin mit solchen Siebenmeilenstiefeln durchs Land tobt. Dann wird Deutschland ganz sicher gerettet werden.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de



BILD: BICHMANN